



Regierungsratsbeschluss vom 30. Januar 2018

Überführung der Verordnung über die Ausfuhr und Vermittlung von Gütern zur Internet- und Mobilfunküberwachung ins Güterkontrollgesetz; Vernehmlassung

P171834

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco).

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst die vom Bundesrat vorgelegte Revision. Die Überführung der heutigen Verordnung über die Ausfuhr und Vermittlung von Gütern zur Internet- und Mobilfunküberwachung in das Güterkontrollgesetz erlaubt es einerseits, die bisher bewährten Kontrollabläufe fortzuführen und verhindert andererseits, dass Güter zur Internet- und Mobilfunküberwachung missbräuchlich zu Repressionszwecken gebraucht werden.

